Das Jüdische Echo

Bayerische Blätter für die jüdischen Angelegenheiten

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. **Bezug:** Durch die Postanstalten oder den Verlag. — **Bezugspreis:** Vierteljährig Mk. 1.—, Halbjährig Mk. 2.—, Ganzj. Mk. 4.—, Einzelnummer 10 Pf. — **Verlag, Auslieferung und Schriftleitung des „Jüdischen Echo“:** München, Herzog Maxstr. 4.



Anzeigen: Die viergespaltene Nonpareille-Zeile oder deren Raum 40 Pf. — Bei Wiederholungen Rabatt. — **Anzeigenannahme:** Verlag des „Jüdischen Echo“, München, Herzog Maxstraße 4. **Fernsprecher:** 53099. **Postscheckkonto:** München 3987.

Nummer 10 | **München / 6. Jahrgang** | **7. März 1919**

1919 Wochenkalender 5679

	März	Weadar	Bemerkung
Sonntag	9	7	
Montag	10	8	
Dienstag	11	9	
Mittwoch	12	10	
Donnerstag	13	11	תענית אסתר
Freitag	14	12	
Samstag	15	13	

Das Jüdische Echo

Bayerische Blätter für die jüdischen Angelegenheiten

Nummer 10 — München / 6. Jahrgang — 7. März 1919

Die Landarbeiterfrage Palästinas.

Von *Leo Rosenberg*.

Unsere palästinensische Landarbeiterfrage ist weniger eine Frage der Erhaltung eines bestehenden, in ökonomischer und gesellschaftlicher Sonderstellung befindlichen Landarbeiterstandes durch Aufbesserung seiner sozialen und wirtschaftlichen Lebensverhältnisse, als vielmehr der Notwendigkeit und Möglichkeit einer systematischen *Heranbildung* leistungsfähiger festwurzelnder jüdischer Lohnarbeiter in unseren palästinensischen Kolonien. Von einer jüdischen *Landarbeiterfrage*, wie sie gegenwärtig in fast allen europäischen Kulturländern besteht und alle sozialpolitisch in theoretischer oder praktischer Hinsicht interessierten Kreise fortwährend in ihrem Bann hält, kann bei den gegenwärtigen Verhältnissen in Palästina keine Rede sein. Denn einerseits ist die Zahl der in den Kolonien beschäftigten jüdischen Lohnarbeiter vorläufig zu gering und unbedeutend — sie dürfte 500—600 nicht überschreiten[1]) — um ein Gegenstand ernster Besorgnisse und Erwägungen sein zu können. Andererseits aber sind auch diese wenigen Lohnarbeiter gegenwärtig weit davon entfernt, sich zu einem einheitlichen, festgefügten sozialen Sonderorganismus zu kristallisieren. Die jüdische Lohnarbeitermasse in Palästina ist bis heute ein fluktuierendes Element geblieben, das eher einen *Zustand* als einen *Stand* darstellt.

Daß nun die Schaffung eines jüdischen Landarbeiterstandes in unseren Kolonien eine wirtschaftliche und *nationale* Notwendigkeit sei — das braucht wohl nicht mehr erörtert zu werden. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung in einem Agrarstaat lebt nicht vom Land*besitz*, sondern von der Land*arbeit*. Zielen nun alle unsere Bestrebungen dahin, in Palästina eine jüdische Landbevölkerung zu schaffen, so wird eine solche nicht durch das jüdische *Kapital*, sondern durch die jüdische *Arbeit* geschaffen werden. Es ist dies eine Erkenntnis, die in den letzten Jahren in unseren Reihen mehr und mehr an Raum gewinnt, und zu einer allmählichen Verschiebung des Schwerpunktes in unserer nationalen Agrarpolitik vom Gebiete rein kapitalistischer Unternehmungen nach dem bislang ganz vernachlässigten Felde jüdischer Arbeit führte. Es ist in der letzten Zeit viel zur Schaffung günstiger Verhältnisse für jüdische Landarbeiter getan worden, wenn auch das Geleistete natürlich in gar keinem Verhältnis zu dem noch Erforderlichen steht. Wie gesagt, einen jüdischen *Landarbeiterstand* gibt es in unseren palästinensischen Kolonien bis jetzt *nicht*; die bereits im Lande lebenden jüdischen Lohnarbeiter verdienen diesen Namen weder in rein zahlenmäßiger, noch in qualitativer Hinsicht. Es gilt also, einen solchen in der *nächsten Zukunft* erst zu schaffen.

Nun ist es gerade die Frage der *Möglichkeit*, die den Schwerpunkt der jüdischen Landarbeiterfrage in Palästina ausmacht. Die Frage ist, ob die einmal in nationalem und wirtschaftlichem Interesse als unumgängliche Notwendigkeit erkannte Forderung jüdischer Arbeit sich innerhalb der gegebenen wirtschaftlichen Verhältnisse durchzusetzen vermag. Ob nicht vielmehr diese gegebenen Verhältnisse der von außen in sie hineingetragenen Forderung gar zuwiderlaufen.

Wenn man nun einmal diese vielumstrittene, besonders in Palästina im Mittelpunkt alles sozial- und nationalpolitischen Interesses stehende Frage einer endgültigen Lösung — in der Theorie mindestens — näher zu bringen entschlossen ist, — dann tut man gut, von allen frommen Wünschen gänzlich abzusehen und sich gewissenhaft an die Tatsachen zu halten. Eine feststehende Tatsache ist es, daß einerseits die Zahl der in den *privatwirtschaftlichen* Kolonien[2]) beschäftigten jüdischen Landarbeiter in steter Abnahme begriffen ist, in schroffem Gegensatz zur dauernden Vermehrungstendenz aller anderen Berufe und Stände. Anderseits aber haben es überhaupt die dreißig Jahre kolonialwirtschaftlichen Lebens nicht vermocht, den Typus eines jüdisch-landwirtschaftlichen Lohnarbeiters zu schaffen. Unter den erwähnten, gegenwärtig in unseren Kolonien beschäftigten 500—600 jüdischen Tagelöhnern und Monatsarbeitern dürften sich kaum einige finden, die ein Jahrzehnt hindurch in ihrem Berufe ausgeharrt haben, und fast kein einziger, der die Absicht hätte, diesen Beruf zur Grundlage seiner Zukunft zu machen. Dieser Umstand tritt schon auffällig genug in der Tatsache des so gut wie alleinherrschenden *Junggesellentums* unter den Arbeitern zutage. Wodurch lassen sich nun

[1]) Das bezieht sich selbstverständlich auf die aus Europa eingewanderten jüdischen Arbeiter und zwar nach einer aus dem Jahre 5672 (1912) datierenden Statistik. Inzwischen werden sich wohl die Zahlenverhältnisse um ein geringes verschoben haben. — Das erheblich zahlreichere Element der Jemeniten ist von einem so völlig verschiedenartigen wirtschaftlichen und kulturellen Charakter, daß es durchaus ein Problem für sich darstellt. Vgl. übrigens unten.

[2]) Der Ausdruck „privatwirtschaftlich" bedeutet hier in Privatbesitz befindliche, bloßen Erwerbszwecken dienende Betriebe, wie sie in allen jüdischen Kolonien vorherrschend sind. Ausgeschlossen sind also einerseits die nationalen Farmen, in denen die jüdische Arbeit selbstverständlich zum unverbrüchlichen Prinzip erhoben ist, andererseits aber auch Privateigentümern gehörende Siedlungen, wie z. B. *Migdal* und *Poria*, deren Gründung durch vornehmlich ideale Faktoren bedingt war und die keineswegs reinen *Erwerbszwecken* dienen. — Überhaupt ist das Entscheidende für die Benutzung jüdischer oder arabischer Arbeit nicht *Privatinitiative* oder *Kolonisationsgesellschaft*, sondern die *Erwerbsmäßigkeit* oder *Nichterwerbsmäßigkeit* des Betriebes.

diese Tatsachen erklären? Es sind meines Erachtens zwei Umstände oder Tendenzen hier im Spiel, von denen eine allgemeiner Natur ist, während die andere auf spezielle Zustände hinweist. *Es sind einerseits in unserer kolonialen Landwirtschaft die elementar-wirtschaftlichen Voraussetzungen für das Aufkommmen und die gesicherte Fortentwicklung eines jüdischen Landarbeiterstandes tatsächlich nicht vorhanden.* Der Bedarf an Arbeitskräften ist von vornherein durch die zahlreiche arabische Bevölkerung in einer Weise gedeckt, die für unsere nationalen Zwecke nicht gerade wünschenswert, vom rein wirtschaftlich-unternehmerischen Standpunkte aber als *ideal* zu bezeichnen ist. Auf der niedrigsten Stufe menschlichen Bedürfnisses sich wohlfühlend, ist der arabische Landarbeiter jeder denkbaren Konkurrenz überlegen, mit Ausnahme vielleicht der seines chinesischen Kollegen. Daß der jüdisch-europäische Arbeiter, der Mann mit dem Plus an Kultur und dem Minus an Muskeln, jemals imstande sein würde, dem eingeborenen Araber *auf rein ökonomischem Boden* den Rang abzulaufen oder sich ihm auch nur ebenbürtig an die Seite zu stellen, — das ist ganz ausgeschlossen. Infolge dauernder Gewöhnung und wohl auch *durchschnittlich* stärkerer Körperkonstitution[3]) ist der arabische Arbeiter in der eigentlichen Landarbeit, ganz besonders aber in der überaus schweren Spatenarbeit, bei weitem leistungsfähiger als der ungeübte, schwerer Arbeit ungewohnte jüdische; ein Vorzug, der schon allein dem Araber die Beherrschung des Arbeitsmarktes sichert. Wozu sich aber ein zweiter, nicht minder entscheidender Faktor gesellt: daß der Araber infolge einer für den Europäer kaum faßbaren Bedürfnislosigkeit, imstande ist, für einen weit niedrigeren Lohn zu arbeiten, als der Arbeitslohn, der für den jüdischen Arbeiter das Existenzminimum bedeutet[4]). So stehen in unseren Kolonien den 5—600 bei der mehr *qualifizierten Arbeit* beschäftigten Juden — etwa 6—7000 die eigentliche Feld- und Spatenarbeit verrichtende Araber gegenüber, wozu noch die ganz bedeutende Zahl der in der Land- und Hauswirtschaft der Kolonisten beschäftigten arabischen Frauen und Kinder hinzuzurechnen ist. Und dieses arabische Element in unseren Kolonien ist in fortwährender Zunahme begriffen; es gewinnt mit jedem neuen jüdischen Unternehmen dermaßen an Zahl und Macht, daß jede neugegründete jüdische Existenz *vier* arabische Existenzen zur Folge hat.

(Schluß folgt.)

[3]) Eben wegen dieser Vorzüge des Arabers besteht eine sehr geringe Aussicht, daß derselbe jemals oder sagen wir in naher Zukunft durch den ihm sonst an Bedürfnislosigkeit wohl gleichkommenden Jemeniten verdrängt und ersetzt werden könnte. Das wird übrigens neuerdings auch von objektiven palästinensischen Sachkundigen zugegeben. In *Pethach-Tikwah*, das selbst wohl die Hälfte der gesamten arabischen Arbeit konsumiert, ist es bis heute dem Jemeniten wie dem jüdisch-europäischen Arbeiter tatsächlich nicht gelungen, in der eigentlichen durchweg in arabischen Händen liegenden Feldarbeit Fuß zu fassen.

[4]) Es wären noch viele andere Gründe sowohl wirtschaftlicher wie moralischer Natur für die Bevorzugung der jüdischen Arbeit zu nennen, so u. a. die bei der Ernte usw. sehr wichtigen Hilfskräfte, die der arabische Arbeiter wohl stellen kann, der jüdische aber nicht; ferner die Unterwürfigkeit und Gefügigkeit des ersteren gegenüber der Hyperempfindlichkeit des letzteren. — Es ist übrigens merkwürdig genug, daß der jüdische Arbeiter, sobald er zu kleinbäuerlicher Selbständigkeit gelangt und selber fremde Arbeit benötigt, gewöhnlich dem Araber vor seinem Kollegen von gestern den Vorzug gibt! In der Landarbeitersiedlung *Bir-Jacob* soll diese Praxis sehr üblich sein.

Von der internationalen Sozialistenkonferenz in Bern.

Bei der Diskussion über den Völkerbund in der Vormittagssitzung vom 6. Februar wendet sich Kossowski (Polen), Vertreter des polnischen allgemeinen jüdischen Arbeiterbundes, im Namen der Leiden der in dieser Organisation vertretenen jüdischen Arbeiter, gegen die Antisemiten aller Länder, fordert durch den Völkerbund die Sicherstellung der Lebensrechte des an vielen Orten mißhandelten jüdischen Volkes und protestiert besonders auch gegen die judenfeindliche Haltung der polnischen Sozialdemokratie.

Cohn (Palästina) stellt im Sinne der gestrigen Ausführungen seines Kollegen Locker zur Völkerbundsresolution folgenden Zusatzantrag: Der Völkerbund darf nicht bloß ein Bund der Staaten sein, sondern ein wahrer Bund der Völker, in dem auch die schwachen Nationen und in fremden Staaten lebenden Nationsteile einen Schutz und wirksame Stütze finden sollen. Zu diesem Zweck wird beim Völkerbund ein Gerichtshof für nationale Angelegenheiten errichtet. In die Kompetenz dieses Gerichtshofes fallen alle Fälle der Unterdrückung des nationalen Bekenntnisses, der nationalen Kultur, Sprache, Schule usw.; aber auch alle Fälle der Schmälerung der staatsbürgerlichen Rechte, wirtschaftliche Bedrückung und Verfolgung aus nationalen Motiven.

Huysmans (Belgien) befürwortet einen Zusatzantrag zu der gestern eingebrachten Völkerbundsresolution durch den ausdrücklich festgestellt werden soll, daß durch den Völkerbund nicht allein die Rechte der Staaten, sondern aller Nationalitäten geschützt werden sollen.

Präsident Branting teilt mit, daß, da der Zusatzantrag Cohn über den Schutz der Nationalitäten sich mit dem Zusatz Huysmans deckt, der erstere seinen Antrag zurückgezogen habe.

In der Sitzung vom 7. Februar unterbreitet Locker (Palästina) der Konferenz einen Antrag zur jüdischen Frage der im wesentlichen besagt:

Die Konferenz anerkennt den internationalen Charakter der Judenfrage und fordert in Anwendung der allgemeinen Grundgesetze des Selbstbestimmungsrechtes ihre Regelung auf folgender Grundlage:

1. Völlige bürgerliche Gleichberechtigung in Ländern. Internationalen Schutz gegen Verfolgungen und wirtschaftliche Bedrückung.
2. Freiheit der Einwanderung und Ansiedelung in allen Ländern.
3. Nationale Selbstverwaltung und nationale Gleichberechtigung.
4. Anerkennung des Rechtes des jüdischen Volkes auf Errichtung einer nationalen Heimstätte in Palästina unter dem Schutze des Völkerbundes.

Die Konferenz gibt ihrer tiefsten Empörung Ausdruck gegen die in den letzten Monaten stattgefundenen entsetzlichen Pogrome. Sie fordert die

Arbeiterklasse auf, gegen diesen Ausdruck des Antisemitismus und Chauvinismus anzukämpfen. Endlich fordert die Resolution die Regelung der Judenfrage in Rumänien auf der Grundlage: sofortige uneingeschränkte und ausnahmslose Naturalisierung aller Juden in Rumänien.

Longuet (Frankreich) protestiert im Namen der jüdischen Bevölkerung in Rumänien, die an der Konferenz nicht vertreten ist, auf das energischste dagegen, daß dort eine Million Menschen aufs schlimmste geknebelt wird.

In der Sitzung vom 8. Februar erklärte Mistral (Frankreich) als Kommissionsberichterstatter in seinem Schlußwort, daß die Kommission zu der Hauptresolution eine Anzahl von Nebenresolutionen zu den einzelnen Fragen, wie z. B. der jüdischen Frage entsprechend den vorgetragenen Wünschen redigiert habe, die nach Annahme der Gesamtresolution gesondert zur Abstimmung gelangen sollen.

Kurski (Polen), Vertreter der jüdisch-polnischen Organisationen, kritisiert an der Charte die Regelung der Sonntagsruhe und beantragt, daß an Stelle der geforderten Sonntagsruhe allgemein in der Woche eine 36-stündige ununterbrochene Ruhepause verlangt werde mit Rücksicht auf die jüdische Arbeiterschaft. Die Fixierung des Tages soll den einzelnen Ländern überlassen werden.

Ferner beantragt er, jegliche einschränkende Bestimmung mit Bezug auf das Recht der Einwanderung fallen zu lassen, eine Forderung, die unterstützt wird von Chasanowitsch (Palästina), der im weiteren einen Zusatzantrag stellt, durch den die mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Depressionen eines Landes von einem Lande getroffenen Einschränkungen in der Einwanderung der Kontrolle durch den Völkerbund zu unterliegen haben.

In der Sitzung vom 9. Februar erklärt Mistral (Frankreich) als Kommissionsberichterstatter, daß von der Konferenz nur ein Beschluß gefaßt werden soll über die allgemeinen Prizipien und daß die von den Vertretern verschiedener Nationalitäten eingebrachten besonderen Resolutionen nicht zur Abstimmung kommen sollen. Daß die Forderungen der Armenier, Litauer, Ukrainer usw. gerechtfertigt sind, darüber herrscht kein Zweifel, ebensowenig über die Forderungen der Juden. Um zu einem einstimmigen Beschluß zu gelangen, und mit Rücksicht darauf, daß eine Reihe der vorgebrachten Wünsche noch einer näheren Prüfung bedürfe, bittet die Kommission, diese Sonderresolutionen zurückzuziehen in der Meinung, daß alle diese Fragen noch besonders untersucht werden sollen von einer einzusetzenden Kommission.

Präsident Branting stellt fest, daß alle Sonderresolutionen zu der Resolution der Kommission zurückgezogen sind. In der Abstimmung wird hierauf die territoriale Resolution, die die allgemeinen Grundsätze enthält, einstimmig angenommen.

Der an der Konferenz in Bern ernannten Kommission, welche die Ausführungen der Beschlüsse zu überwachen und die Vorbereitungen für den nächsten Kongreß zu treffen hat, gehören provisorisch in Erwartung der offiziellen Ernennungen durch die Parteien der verschiedenen Länder u. a. an: Kossowski und Kurski (Polen) und Chasanowitsch und Locker (Palästina).

Betreffs der Pogrome in Polen nahm die Kommission folgende Entschließung an: „Die Konferenz protestiert energisch gegen die Pogrome, die in letzter Zeit in Polen, Galizien, in der Ukraine, in Rumänien und anderen Ländern stattgefunden haben. Sie lenkt die Aufmerksamkeit der sozialistischen Parteien aller Länder auf die Notwendigkeit, als eine ihrer Hauptaufgaben die Stärkung der Propaganda gegen den Antisemitismus und gegen die daraus entstehenden Gewalttätigkeiten zu betrachten.“

Bericht Chasanowitsch über die Berner Sozialistenkonferenz.

In der Berliner Ortsgruppe der „Poale-Zion“ referierte am 18. Februar Herr Leon Chasanowitsch über „Die Berner Sozialistenkonferenz und die jüdische Frage.“ Nachdem er in bewegenden Worten seines Freundes und Mitarbeiters Dr. Max Rosenfeld gedacht hatte, begann der Redner eingehend den gegenwärtigen Stand der Internationale und die Rolle, die die Berner Konferenz in der Herstellung der dritten Internationale zu erfüllen hatte, zu beleuchten. Er berichtete dann über die Behandlung der einzelnen Fragen auf der Konferenz und die Stellung der Konferenz zu den Friedensverhandlungen in Paris. Die territorialen Fragen, einschließlich der jüdischen mußten wegen Zeitmangels der Permanenzkommission überwiesen werden. Schwierig sei die Stellung der jüdischen Delegierten durch die Haltung der Bundisten gewesen, die auf der Konferenz merkwürdigerweise nicht als jüdische Partei, sondern als die Partei Polens auftraten und es für nötig erachteten, die polnischen Sozialdemokraten in Schutz zu nehmen und einen Protest der Konferenz gegen das Verhalten des polnischen Proletariats in der Judenfrage zu verhindern. Diese Tatsache sei um so ungeheuerlicher gewesen, wenn man sich die Haltung der polnischen Sozialisten vor Augen führe, wie z. B. der polnische Arbeiterrat am Tage der Eroberung Lembergs durch die Polen eine Proklamation erlassen habe, daß die Polen Lemberg erobert hätten und es sich nicht wieder durch die Juden streitig machen lassen würden. Einer der Führer der polnischen Sozialdemokratie, Daczynski, habe erklärt, daß die Pogrome ein Werk der „Feinde“ (deutscher und österreichischer Soldaten) seien. Am bezeichnendsten für die Haltung dieses sozialdemokratischen Führers sei aber eine Äußerung, die er in Krakau gemacht habe, in der er zum Ausdruck brachte, „daß die Juden im Gegensatz zu den Deutschen seit 500 Jahren den Fehler machten, daß sie nicht in der polnischen Nation aufgingen. Krakau sei eine ehemals deutsche Stadt gewesen, deren Deutschtum man jetzt aber verdaut habe. Nur die Juden wollten sich noch nicht assimilieren.“ Angesichts einer derartigen Haltung polnischer sozialdemokratischer Führer sei es ein starkes Stück von den Bundisten gewesen, die polnische Sozialdemokratie in Schutz zu nehmen. Bezüglich der Immigrationsgesetzgebung und der Sabbatruhe, wurden jedoch trotz der Gegenarbeit der Bundisten die Vorschläge der „Poale-Zion“-Delegation von der Konferenz angenommen. Es wurde durchgesetzt, daß die Immigration unter den Schutz des Völkerbundes gestellt werden müsse. Über die allgemeine Stimmung, die die Konferenz hinsichtlich der jüdischen Forderungen hatte, meinte Chasanowitsch, daß man sagen könne, sie fänden jetzt fast bei allen weitgehende Sympathien. Auf großes Verständnis seien die Vertreter der „Poale-Zion“ bei den französischen und englischen Delegierten gestoßen. Bekanntlich

haben ja die „Poale-Zion“ lange Jahre kämpfen müssen, ehe die internationale Sozialdemokratie das jüdische Proletariat als einen besonderen nationalen Teil des internationalen Proletariats anerkannt habe. Der größte Teil der Delegierten habe sich noch nicht in die Idee einstellen können, daß ein Volk nicht unbedingt an ein Land gebunden sein müsse. Für diese Sozialisten, die im Grunde, wenn sie „international“ sagten „interterritoral“ meinten, sei es natürlich schwer, den Forderungen des jüdischen Proletariats als einer besonderen Gruppe ohne weiteres zuzustimmen. Infolgedessen seien die jüdischen Parteien gegenwärtig durch vier Delegierte in der Permanenzkommission vertreten — zwei Vertreter der Poale-Zion und zwei des Bundes —, während sonst jedes Volk ungeachtet der inneren Parteikämpfe, nur durch zwei Mitglieder vertreten sei. Vielleicht werde dieser unhaltbare Zustand dazu beitragen, daß auch die Gegner der Anerkennung der jüdischen Nation sich mit dem Gedanken der Bildung einer nationaljüdischen Sektion in der Internationale — dieser längst verfochtenen Forderung der „Poale-Zion“ — befreunden werden.

Die Konferenz der Orthodoxie in Zürich.

Vor einer imposanten tausendköpfigen Versammlung eröffnete am Mittwoch, den 19. Februar Rabbiner Dr. Lewenstein-Zürich die Weltkonferenz der Agudas-Jisroel. Anwesend waren Delegierte aus Amerika, aus der Ukraine, aus Ungarn, Polen, Schweiz, Palästina, Litauen, Italien, Galizien, Holland, England, Ägypten, Elsaß, Dänemark, Deutschland, Deutsch-Österreich, aus der Bukowina, Böhmen und Belgien. Diese vertreten die orthodoxen Vereine und Verbände, die Rabbiner-Verbände, die Pekidim und Amarkalim (Chalukka-Verwaltung) in Holland, die Jugend-Organisationen, die Freie Vereinigung für die Interessen des orthodoxen Judentums, den gesetzestreuen Bund der Akademiker, den Thora-Bund und „Degel-Jeruschalajim“.

Es wurden verschiedene Ansprachen gehalten, darunter von Oberrabbiner S c h a p i r o, Kowno, Rabb. K o r n f e i n, Zürich, Rabbiner Dr. C o h n, Basel, Rabbiner M. L e i t e r, Zürich (für die Jugendorganisationen in hebräischer Sprache), Prof. M a r g u l i e s, Florenz (für die Jugend Italiens in hebräischer Sprache), Rabbiner W i n k l e r als Vertreter der skandinavischen orthodoxen Gemeinden, Oberrabbiner T h a l, Utrecht, Oberrabbiner S a c c a d o t t i, Rom, Dr. Nathan B i r n b a u m, dem Generalsekretär der Agudas-Jisroel und zuletzt von Jakob R o s e n h e i m, Frankfurt a. M., der in umfassenden Ausführungen das Programm der Tagung entwickelte. Er beglückwünschte die Organisation der Gesamtheit der Juden und forderte ausdauernde Arbeit in Palästina. Er würde, so meinte der Redner, gern eine Einheitsfront hergestellt sehen für die Forderungen der Juden auf dem Friedenskongreß. Rosenheim verlangte einen thoratreuen Jischuw in Erez-Israel und zugleich die Vorbereitungen für die Diaspora, da ja nur ein Teil des Volkes Platz finden wird im heiligen Lande.

Das Hauptthema der Tagung bildet die Frage, wie die Organisation angesichts der verschiedenen geäußerten Meinungen herzustellen wäre. Er verlangte zum Schlusse die Schaffung eines hohen Rates der „Gedoleh Jisrael“.

Am Freitag, den 21. Februar begannen im Hotel Belle-vue die eigentlichen Verhandlungen. Dr. Lewenstein, Zürich, der die Sitzung eröffnete, bemerkte, daß es sich nicht um einen Kongreß sondern um eine K o n f e r e n z handle, da die Wahlen zum Kongreß noch nicht möglich gewesen seien. Viele Delegierte konnten noch nicht eintreffen.

Darauf schritt man zur Wahl des Tagesbureaus; gewählt wurden als Präsident Dr. Lewenstein, Zürich, zum Vizepräsidenten: Frankl, Budapest; Dr. Munk, Berlin; Margulies, Florenz; Schapiro u. Schuster (Litauen); Horowitz (Galizien). Als Schriftführer fungierten Dr. Weil, Buxweiler; Thal, Utrecht; Dr. Winkler, Kopenhagen; Schreiber (Ungarn); Saccerdoti (Rom).

Zum Thema „Thora und zeitgenössische Judenheit“ ergriff Oberrabbiner Schapiro, Kowno, das Wort, um den Niedergang des Thorastudiums und die Ursachen desselben in klarer und überzeugender Weise zu beleuchten. Er schilderte den Stand der Jeschiwot im Osten und machte Vorschläge für die Besserung der obwaltenden ungünstigen Zustände. Die Jeschiwot sollen für a l l e Juden eine Erziehungsanstalt sein, nicht nur für solche die Rabbiner werden wollen. Er schilderte die schweren Lebensbedingungen der Kriegsjahre, die dem Thorastudium schweren Abbruch getan haben. Wenn auch viele neue Jeschiwot in Ruß-

land mit Aufwand großer Mittel gegründet worden sind, ist noch viel in dieser Richtung zu tun. Der Redner dankte Rabbiner Dr. Cohn, Basel, für seine Sammlungen in der Schweiz zugunsten der Jeschiwot und verlangte die Gründung eines Millionenfonds zugunsten derselben. Auch fehle es am Chadarim und Melamdim.

Rabbiner Dr. Breuer, Frankfurt, sprach darauf über die Verbreitung des Thorastudiums in Deutschland. Als Vertreter der ungarischen Jeschiwot sprach darauf Frankel, Budapest. Zum gleichen Thema äußerten sich ferner Botschko, Basel und Pines, Zürich, hierauf erfolgte die Annahme folgender Resolution.

„Die Weltkonferenz der jüdisch-orthodoxen Organisationen erklärt, daß die Erhaltung und Wiederbelebung der im Kriege zerstörten Thorastätten und Lehrhäuser, und die Organisation eines vom Thorageiste getragenen Jugendbildungswesens Vorbedingung für die Existenz der jüdischen Gesamtheit sei. Die Konferenz beschließt, mit den führenden Instanzen der Judenheit aller Länder, insbesondere der amerikanischen und russischen, wegen Errichtung eines großen Zentralfonds für Jeschiwot und Talmudthoras in Verbindung zu treten und über dessen Organisation und Verwaltung unter Mitwirkung der führenden Rabbiner des Ostens Vereinbarungen zu treffen.

Am Sonntag, den 23. Februar gelangte der vierte Punkt der Tagesordnung, „Palästina-Arbeit", zur Behandlung. Das diesbezügliche Referat wurde von Moritz Löw, Berlin, erstattet. Die mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Darlegungen des Redners gipfelten in der Aufforderung: Ausgestaltung des Genossenschaftswesens in Palästina; namentlich von Pionier-, Produktions- und Besiedlungsgenossenschaften. Es wurde folgende Resolution angenommen:

1. Alle Kräfte dafür einzusetzen, daß die thoratreuen Kreise in einem etwa sich bildenden Zentraleinwanderungsamt nebst allen mit ihm verbundenen Zweiganstalten in den Einwanderungsländern durch Vertrauensmänner hinreichend vertreten sind.

2. Der Wert von Grund und Boden darf prinzipiell einer Beschränkung und Bevorzugung nicht unterliegen. Erwerb zu spekulativen Zwecken soll von vornherein vermieden und ihm vorgebeugt werden. Aufgabe einer frühzeitig einsetzenden Grund- und Bodengesetzgebung ist es jeden Mißbrauch des Bodenbesitzes auszuschließen. Daher ist zu fordern: Verhinderung jeder Latifundienbildung, Einführung einer Verschuldungsgrenze, Begünstigung mit Lebensversicherung, Anerbenrecht, gesetzliche Genossenschaften.

3. Die Ansetzung von landwirtschaftlicher Einwanderung hat vorzugsweise in geschlossenen, nicht zu großen Siedlungen zu erfolgen. Für die Bewirtschaftung und Vertretung von Produkten ist die Genossenschaft zu bevorzugen.

4. Für die Jugend muß Gelegenheit zur landwirtschaftlichen Ausbildung durch Fachschulen, Lehrfarmen usw. beschafft werden.

5. Bei Heranziehung der Industrie ist die industrielle Verwertung landwirtschaftlicher Erzeugnisse und sind jene Zweige zu bevorzugen, die bei geringem Verbrauch an Rohmaterialien und Kohle hochwertige Produkte liefern.

6. Die Konferenz beschließt die Bildung eines Studienausschusses, bestehend aus Landwirten, Kaufleuten, Industriellen, Ärzten und Volkswirtschaftlern zur Prüfung der Ansiedlungsverhältnisse in Palästina. Der Ausschuß hat seine Tätigkeit in Palästina aufzunehmen, sobald die politischen Verhältnisse es gestatten. (Schluß folgt.)

Der Wortlaut des neuen rumänischen Judengesetzes.

Der „Temps" veröffentlicht folgenden Wortlaut des neuen rumänischen „Judengesetzes".

§ 1. Die großjährigen Bewohner des Königreichs Rumänien, ohne Unterschied der Religion und soweit sie noch nicht volle Bürgerrechte genossen haben, können diese Rechte erwerben, indem sie den Beweis erbringen, daß sie im Lande geboren sind, niemals unter dem Schutz einer fremden Macht gestanden haben und die Bedingungen des vorliegenden Gesetzes erfüllen.

Dieses Beweises enthoben sind Personen, die die Feldzüge von 1913 oder von 1916—18 mitgemacht haben.

Die Frauen und legitimen minderjährigen Kinder der zu den obigen Kategorien gehörenden Personen erhalten alle mit der Erwerbung der rumänischen Nationalität verknüpften Rechte gleichzeitig mit ihren Gatten bezw. Eltern.

§ 2. Die Witwen und Kinder der während der Feldzüge von 1913 und von 1916—18 Mobilisierten erhalten die rumänischen Bürgerrechte, insofern sie die Bestimmungen des vorliegenden Gesetzes erfüllen.

§ 3. Durch Erfüllung der Bestimmungen dieses Gesetzes werden auch die großjährigen männlichen Kinder derer, die für ihre Person während der Veröffentlichung des Gesetzes naturalisiert wurden, rumänische Bürger; ebenso diejenigen, die zur Zeit der Naturalisation ihrer Eltern noch minderjährig waren, falls diese Kinder nicht unter dem Schutze einer fremden Macht stehen und ihrer Militärpflicht genügt haben.

Die heute noch Minderjährigen können rumänische Bürger werden, wenn sie in dem auf ihre Volljährigkeit folgenden Jahre schriftlich erklären, daß sie für die rumänischen Nationalität optieren.

Dieses Gesuch muß an die Heimatbehörde eingereicht werden und von Beweisen begleitet sein, daß die Naturalisation der Eltern vor der Veröffentlichung dieses Gesetzes stattgefunden hat, ferner von einem Geburtsattest, aus dem hervorgeht, daß der Betreffende im Lande geboren ist, und von einer Bescheinigung, daß er seiner Militärpflicht genügt hat.

Die betreffende Behörde kann zufolge § 6 diese Gesuche in jedem Falle, in dem sie es für richtig hält, gewähren, entsprechend den im besagten Paragraph niedergelegten Bedingungen.

Die Ehefrauen und im Augenblick der Naturalisation des Gatten oder Vaters minderjährige Mädchen erlangen das rumänische Bürgerrecht im Augenblick der Veröffentlichung dieses Gesetzes.

§ 4. Minderjährige, deren Eltern nach der Veröffentlichung dieses Gesetzes verstorben sind und welche auf die unter § 1 genannten Rechte Anspruch haben, können in dem Jahr nach ihrer Volljährigkeits-Erklärung für die rumänische Nationalität optieren, wenn sie ihrer Militärpflicht genügt haben. Zu diesem Zweck können ihre Vormünder zu dem im § 6 vorgesehenen Zeitpunkt und entsprechend dem Rechtsverfahren des genannten Paragraphen eine Eingabe machen, in der sie den Beweis führen, daß der Vater des Minderjährigen die Bedingungen des § 1 erfüllt hat.

Wenn der Vormund von diesem Recht keinen Gebrauch gemacht hat, kann der Minderjährige es in dem Jahre seiner Volljährigkeits-Erklärung selbst tun.

Die Gesuche werden an die Heimatbehörde gerichtet und müssen von dem endgültigen Bescheid, den der Vormund oder der Gesuchsteller erhalten hat, begleitet sein, ferner von dem Geburtsattest, von einer Bescheinigung, daß er seiner Militärpflicht genügt hat und nicht unter dem Schutz einer fremden Macht gestanden hat. Der Bescheid erfolgt entsprechend den Bestimmungen der Paragraphen 3 und 4.

§ 5. Rumänische Bürger können nicht werden:

a) Personen, die auf Grund eines Rechtsverfahrens eine gerichtliche Strafe erhalten haben, die zufolge der Verfassung oder dem Landesgesetz den Verlust der Bürgerrechte nach sich zieht.

b) Personen, die als Haupt- oder Nebenstrafe zur militärischen Degradation verurteilt waren; ferner Personen, die wegen Fahnenflucht oder Spionage verurteilt waren oder wegen dem Feinde zum Schaden des rumänischen Reiches geleisteter Dienste.

Die folgenden Paragraphe beziehen sich auf Verzögerungen, Zuständigkeit und Ort des Verfahrens.

* * *

Über das neue Judengesetz heißt es in einem Brief des „Verbandes der einheimischen Juden" in Rumänien:

„Das neue Gesetz ist in einigen Teilen rigoroser als das alte Gesetz. Es fordert nicht nur Akten und persönliche Verhöre vor den Gerichtshöfen mit öffentlichen Sitzungen und mit dem Recht für den Staatsanwalt, Naturalisationsgesuche abzulehnen und bei der Entscheidung das letzte Wort zu sprechen, sondern es legt uns auch noch die Verpflichtung auf, durch Akten eine negative Tatsache zu beweisen, nämlich diejenige, daß man niemals Untertan eines fremden Staates war. Diese Bedingung läßt sich nicht erfüllen. Allerdings heißt es in dem Gesetz, daß man den Beweis, kein Untertan eines fremden Staates gewesen zu sein, durch Pässe erbringen kann, die man von rumänischen Behörden erhält, durch Kopien gesetzlicher Entscheidungen und durch ein weiteres unter das Fremdengesetz fallendes Dokument (Modell 9). Aber die große Mehrzahl der jüdischen Bevölkerung besitzt derartige Dokumente nicht, und es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß die Behörden sie nicht ausliefern würden.

Man kann sich vorstellen, welches Unglück für uns die Annahme dieses Gesetzes wäre, durch das wir unsere Naturalisation auf dem Wege persönlicher Untersuchungsverfahren vor dem Kassationshof nachsuchen müßten. Wir haben unter dem Marghilomanschen Gesetz zur Genüge erfahren, daß die mit der Entscheidung betrauten Richter alles getan haben, um die Naturalisation zu verhindern, selbst in Fällen, wo es sich um aus dem Kriegsdienst entlassene Juden handelte. Die damals gefällten Urteile sind wahre Musterstücke der Lächerlichkeit und des Übelwollens. Wir können uns nur auf eine allgemeine automatische Emanzipation einlassen, die alle Juden des Landes, die sich nicht zu einer fremden Nationalität gehörig bekennen, umfassen würde."

Zionistische Arbeit in Paris.

Aus dem Haag wird uns geschrieben:

Bei der zionistischen Arbeit, die in Paris in so wertvoller Weise von Nahum Sokolow geleitet wird, zeigt es sich mehr und mehr, daß es in Paris an einer ständigen zionistischen Vertretung, die fortwährend die Regierung und die öffentliche Meinung über die zionistischen Wünsche orientiert, gefehlt hat. Frankreich ist stets der heikle Punkt in der zionistischen Bewegung gewesen. Die letzten Wochen haben bereits Frankreichs Stellungnahme für sein syrisches Protektorat und seine Ansprüche auf Galiläa gebracht. Die Schwierigkeiten, die noch von dieser Seite den jüdischen Hoffnungen entgegenzuarbeiten drohen, werden sich in den nächsten Tagen in ihrer vollen Deutlichkeit offenbaren. Nicht nur die Grenzschwierigkeiten sind es, die uns von der Seite erwarten; Frankreich wirft sich bekanntlich im Orient als Beschützer der katholischen Kirche auf und sucht die Sympathie der Syrier zu gewinnen. Hier liegen also noch zwei Schwierigkeiten auf unserem Wege: die katholische Kirche (und man weiß, daß das französische Auswärtige Amt durch und durch klerikal und daß Herr Pichon nur das Organ seiner Departementchefs ist) und die christlichen Syrier, die keine Judenfreunde sind und von jeher gegen den Zionismus agitieren. Nochmals leiden wir an einem Fehler in der politischen Richtung der zionistischen Bewegung. Und man denkt an Jabotinskys Forderungen in seiner „Tribüne". zurück. Die politische Entwicklung hat sie eine nach der anderen in Erfüllung gebracht, und unsere Organisation in die von Jabotinsky schon 1915 verkündete Richtung getrieben: die Legion — sie ist ein politischer Faktor von hoher Bedeutung geworden; die Reorganisation der zionistischen Leitung — sie wird jetzt in London beschlossen werden; die ständige Vertretung in Paris und Rom — sie ist in elfter Stunde aufgenommen worden. Der Gang der Ereignisse hat unsere Politik überholt. Sind wir nicht gezwungen worden, unsere bescheidenen Forderungen auf Englands Wunsch höher zu stellen? Werden unsere Koloni-

sationsprogramme nicht vom Gang der jüdischen Geschichte überholt werden? Werden unsere Pläne sich gegen die nach Palästina bevorstehende Flut aufrechterhalten können?

Über dasselbe Thema schreibt „Zionist Review“: „Herr Sokolow, der seit einigen Wochen in Paris weilt und dort wahrscheinlich bis zur Londoner Konferenz bleiben wird, ist damit beschäftigt, die Führer der französischen öffentlichen Meinung mit dem Zionismus und den zionistischen Absichten vertraut zu machen. Keiner ist wie er für diese Aufgabe besser geeignet. Weizmann war auch eine kurze Zeit in Paris und hat Präsident Wilson die zionistischen Wünsche vorgelegt. Präsident Wilson steht unserer Sache sympathisch gegenüber, doch wünscht er genaue Informierung.

Wir bemerken einen pessimistischen Grundton in der jüdischen Presse über die zionistischen Aussichten. Diese Nervosität ist begreiflich, bis die Friedenskonferenz sich im zionistischen Sinne ausgesprochen haben wird. Es gibt aber keinen wirklichen Grund zum Pessimismus. Wir glauben, daß der wahre Grund für diesen Pessimismus in der Meinungsverschiedenheit liegt über dasjenige, was die Zionisten von den Mächten zu verlangen haben. Diese Aufgabe ist sehr schwierig und gibt viel Raum zu auseinanderweichenden Auffassungen, die jeder, der sich damit näher beschäftigt hat, begreifen wird. Wir können uns nicht durch Worte aufhalten lassen. Wir müssen das praktisch Durchführbare im Auge haben. Wir müssen uns klar machen, welche ausführbare und gesetzgebende Staatsform für den Aufbau des jüdischen Palästina wünschenswert ist und müssen unsere Forderungen demgemäß stellen. Wir glauben, daß unsere Führer sich heute mit dieser Frage befassen.“

Die Militärverwaltung in Palästina.

Der „Near East“, das bekannte englische Kolonialblatt, bringt in seiner Nummer vom 31. Januar folgende Angaben über die Verwaltung im besetzten Gebiet der Türkei: Ganz Palästina und Syrien stehen unter der Kontrolle der Verwaltung von General Sir Edmund Allenby, Oberbefehlshaber der ägyptischen Expeditionsarmee. Dieses Territorium wurde in drei Zonen verteilt, die eine, durch die Franzosen verwaltet, die andere durch die arabische Regierung und die dritte (südliche) wird durch britische Verwaltung kontrolliert. Diese Zone besteht aus den türkischen Sandschaks, Jerusalem, Nablus und Akka, und wird südlich durch die ägyptische Grenze von Rafa bis zum Toten Meere begrenzt, im Westen durch das Mittelländische Meer und nördlich durch eine gebogene Linie von der Küste zirka 12 Meilen nördlich Akkas bis zum Jordan, einige Meilen höher als der Huleh, östlich folgt die Grenze einer Linie dem Jordan entlang, dann östlich des Hulehsees, ferner dem Jordan bis zum Tiberiassee, dessen östliche Küste sie bis zu einem Punkt ostsüdöstlich von Baizan folgt und im Toten Meer endet. Diese Zone beträgt ungefähr 8700 Quadratmeilen, wovon zirka 1000 gegenwärtig bestellt werden. Die Bevölkerung wird auf 639 000 geschätzt, wovon 61 000 Christen, 66 000 Juden und der Rest Moslims sind. Seit April 1918 wird diese Zone durch eine besondere Verwaltung administriert. Generalmajor Sir A. W. Money und dessen Stellvertreter General Storrs, der Militärgouverneur von Jerusalem stehen an der Spitze dieser Verwaltung, deren Arbeitskreis sich in fünf Abteilungen gliedert: eine finanzielle unter Leitung des Colonel Gabriel (Einkommen, Ackerbau, Waldungen, Tierpflege, öffentliche Bauten), Colonel Jackson, der die politische Administration leitet (Polizeiwesen, Gefängnisse, Erziehung, Personalabteilung); eine kommerzielle Abteilung unter Leitung des Colonel Crighton (Zufuhr, Fürsorge, öffentliche Arbeiten und Archäologie); eine juridische Abteilung, die sich mit Landesregistrierung befaßt und unter Leitung von Major Clarke steht, und ein Gesundheitsamt unter Leitung des Colonel Garner. Ferner gibt es 12 Militärgouverneure, die je einen Distrikt verwalten. Das Budget 1918/19 zeigt ein Einkommen von 661 813 ägyptische Pfund; Ausgaben: 738 649 Pfund; dies ergibt ein Defizit von 76 836 Pfund. Die Aufstellung des Budgets wurde dadurch erschwert, daß die Türken alle Geräte und Erzeugnisse, Bücher und Akten verschleppt haben, während andererseits die Rückkehr der Flüchtlinge die Arbeit nicht erleichtert.

Pogrome in Czernowitz.

Das „Neue Wiener Journal“ meldet: Die Rumänen veranstalten wie in Siebenbürgen und im Banat auch in Czernowitz fortgesetzt Pogrome gegen die jüdische Bevölkerung. Viele jüdische Familien flüchteten sich nach Bukarest, wo man von ihnen den Bürgereid verlangte. Sie erklärten aber, Nationaljuden zu sein und bei der ersten Gelegenheit nach Palästina auswandern zu wollen. Als man ihnen mit Ausweisung drohte, wandten sie sich an das englische Konsulat, das erklärte, diese Juden stünden bis zu dem Zeitpunkt ihrer Emigration nach Palästina unter englischem Schutz.

Gewalttaten gegen die Juden in Rumänien.

Der „Verband der einheimischen Juden“ in Rumänien veröffentlicht folgenden Bericht über die letzten rumänischen Pogrome:

„Die Pogrome begannen mit Plünderungen und Verwundungen sofort nach dem Rückzug der Truppen.

In Braila wurden über 60 jüdische Häuser, die Arbeitern oder kleinen Händlern gehörten, von denen viele eben erst aus dem Kriege heimgekehrt waren, ausgeplündert. Hierbei wurden auch Witwen und Waisen von im Kriege Gefallenen und die Angehörigen von Verwundeten schwer geschädigt. Die Leute wurden tatsächlich bis zum Letzten ausgeplündert, auch ihr Handwerkzeug wurde ihnen genommen. Selbst die Synagoge und der jüdische Friedhof wurden nicht verschont.

In Buzen gab es ähnliche Verwüstungen, wenn auch in geringerer Anzahl.

In Bukarest hat man in der Calea Victoria und Lipscani, den Hauptgeschäftsstraßen, Verwüstungen in großem Maße angerichtet. Allerdings wurden dann die Banditen in der im jüdischen Viertel gelegenen Calea Vacaresti von den jüdischen Bewohnern in die Flucht geschlagen. Nur dank dieser Selbstverteidigung sind die Juden dem Schicksal eines Massakres, das von den Bandenführern gemeinsam mit der Polizei vorbereitet war, entgangen. Die Regierung war von dem bevorstehenden Pogrom benachrichtigt worden, unternahm aber keinerlei Schritte. Während der Ausschrei-

tungen in Bukarest wurde ein junger Jude, David J. David, durch eine Kugel getötet.

Über diese Vorgänge hat der Verband der einheimischen Juden der Regierung ein Memorandum vorgelegt, in dem Untersuchung der Vorgänge und Entschädigung verlangt wird. Der Minister des Innern, Marzescu hat solche zwar zugesagt, doch rechnet man in Rumänien nicht auf die Erfüllung seines Versprechens."

Pogrome in der Ukraine.

Es wird immer klarer, daß die jetzige ukrainische Regierung nicht die Macht besitzt, ihr kürzlich den Juden gegebenes feierliches Versprechen, mit aller Macht gegen die weitere Verbreitung von Pogromen anzukämpfen, auch wirklich durchzuführen. Nach den Meldungen der Kiewer „Neuen Zeit" breite sich die Pogromwelle immer weiter aus. Schreckliche Pogrome fanden in Lemtschew, Pilstin, Bobrinskaja, Smila, Olewsk, Tschernichow, Owrutsch, Parlograd, Jekaterinoslaw statt. Soldaten und Offiziere waren die Anstifter und tätigen Elemente bei diesen Exzessen, die an tierischer Rohheit und Grausamkeit kaum hinter den polnischen Pogromen zurückstehen. Auch in Stryj (Galizien) sollen die Ukrainer mit Raub und Plünderung fürchterlich hausen. Alle Proteste des Jüdischen Nationalrats bleiben wirkungslos.

Schear-Jaschuw.

Vor einiger Zeit hat das Komitee „Schear-Jaschuw" einen Aufruf zur Gründung einer jüdischen Kolonie in Palästina erlassen. Die Kolonie soll etwa 80 Kolonisten aufnehmen und es soll gleichzeitig für die Schaffung von 20 Arbeiterheimstätten vorgesorgt werden. Die Größe der Kolonistenanteile soll zwischen 60 und 400 Dunam schwanken; für die Arbeiterheimstätten sind je 20 Dunam vorgesehen.

Die Gründer der Kolonie haben die Absicht, eine Siedlung zu schaffen, die auf gesunder wirtschaftlicher Basis ruht, alle modernen technischen Errungenschaften benutzt und zugleich in sozialer Hinsicht vorbildlich wirkt. Der Boden der Kolonie, in der gemischte Betriebe (Ackerbau und Pflanzungsbau) überwiegen soll, darf nur für landwirtschaftliche Betriebe, nicht für industrielle Unternehmungen abgegeben werden. Bei größeren Wirtschaften von mehr als 100 Dunam soll nicht mehr als 50 Prozent der Bodenfläche bepflanzt werden, und kein Kolonist darf mehr als 400 Dunam (160 Morgen) erhalten. Diese Beschränkungen haben den Zweck, den ländlichen Charakter der Siedlungen zu wahren, die Schäden, welche mit einseitigem Pflanzungsbau verbunden sind, zu vermeiden und die Bildung von Großbetrieben zu verhindern. Ob der Boden in Form des Privateigentums oder der Erbpacht übernommen wird, hängt davon ab, ob die Nationalisierung des gesamten Bodens durchgeführt wird, beziehungsweise ob die Kolonie auf Nationalfondsboden errichtet wird. Grundsätzlich ist das Komitee mit dem Erbpachtsystem einverstanden.

Das erforderliche Kapital läßt sich bei den jetzigen Valutaverhältnissen nicht mit völliger Bestimmtheit angeben, auch hängt die Höhe des Kapitals sehr wesentlich davon ab, ob die Kolonisten in höherem oder geringerem Grade selbst mitarbeiten. Die Begründer der Kolonie wünschen, daß die Kolonisten ihren Betrieb selbst leiten, ständig in der Wirtschaft tätig sind und auch selbst körperliche Arbeit verrichten, soweit Alter und Gesundheit ihnen dies gestatten.

Um einen Anhaltspunkt zu geben, welches Kapital etwa erforderlich ist, sei folgendes bemerkt:

Ein kleiner Gemüsegärtner, der mit seiner Familie selbst arbeitet und keine ständigen Hilfskräfte benötigt, kann bei bescheidener Lebensführung mit einem verhältnismäßig recht geringen Betrag eine gesunde Existenz finden. Die Ansiedlung von Kleinsiedlern dieser Art ist schon mit etwa 20 000 Frs. möglich. Ein kleiner Pflanzer, der auf 60—75 Dunam Boden im wesentlichen eine Trockenpflanzung anlegt und daneben einen Gemüsegarten, einen Geflügelhof, ein Pferd und zwei Kühe hat, wird insgesamt etwa 30 000 Frs. Anlagekapital bis zur Fruchttragung brauchen. Bewässerte Kulturen sind teurer, beispielsweise wird eine bewässerte Kultur auf 30—40 Dunam im Laufe von 6 Jahren ein Anlagekapital von rund 40 000 Frs. erfordern.

Einen anderen Typus stellt der Bauer dar, der auf etwa 100 Dunam überwiegend Milchwirtschaft betreibt und daneben eine kleine Trockenpflanzung hat. Dieser Typus ist überhaupt nur dann lohnend, wenn der Kolonist und seine Familie selbst alle Arbeit verrichten. Das Anlagekapital beträgt etwa 25 000 Frs.

Für größere Anlagen von 200 Dunam an aufwärts, von denen etwa die Hälfte für Pflanzungen und die Hälfte für Getreide- und Futtermittelbau verwandt wird, sind erheblich höhere Summen notwendig. Bei diesen größeren Pflanzer- und Bauerntypen wird zwar auch mit Selbstarbeit des Kolonisten in gewissem Umfang, daneben aber auch mit Verwendung ständiger Hilfskräfte gerechnet. Solche Betriebe werden je nach Art Größe und Intensität ein Anlagekapital von 60 000 bis 120 000 Frs. erfordern.

Das Ziel der Koloniegründer ist: Den für den Wiederaufbau Palästinas nützlichsten Ansiedlertypus zu erzeugen, nämlich den Bauern, Pflanzer und Kleinsiedler. Die Zukunft des jüdischen Volkes in Palästina hängt davon ab, daß es gelingt, die Juden zur landbauenden Bevölkerung zu machen, denn das Land wird demjenigen gehören, der es bearbeitet. Als Gartenbauland ersten Ranges wird es in Palästina vor allem darauf ankommen, intensive Betriebe zu schaffen, in denen Wein, Obst, feines Gemüse gezogen wird. Der aus vielen landwirtschaftlich-technischen Gründen unentbehrliche Getreidebau, sowie die Viehwirtschaft sollen gleichzeitig gefördert werden. Derartige Gründungen haben auch deshalb ganz besondere Bedeutung für unsere Sache, weil so mit

Hilfe privaten Kapitals Lehrstellen für Arbeiter geschaffen werden, die hier eine allseitige Ausbildung finden können und damit nach einigen Jahren den Anspruch erwerben können, von den nationalen Kolonialinstituten angesiedelt zu werden. Das Komitee „Schear Jaschuw" hat für seine eigene Kolonie bereits solche Arbeiterheimstätten vorgesehen.

Seitdem der Aufruf des Komitees ergangen ist, haben sich eine ganze Anzahl von Fragestellern an das Komitee gewandt, und heute kann die Gründung der Kolonie bereits als gesichert gelten. Die vorbereitenden Arbeiten sind abgeschlossen. Diejenigen, welche den Wunsch hegen, sich an der Gründung zu beteiligen, werden ersucht, sich an Vorsitzenden des Komitees, Herrn Dr. Wilhelm Brünn, zur Zeit Berlin, per Adresse Herrn Moses Marx, Helmstädterstraße 11, zu wenden.

Ein hebräisches Gymnasium in Mariampol.

In Mariampol (Kreis Suwalki) wurde auf Initiative der dortigen jüdischen Gemeinde, der zionistischen Lokalorganisation und der „Zeire-Zion" ein hebräisches Gymnasium mit vorläufig fünf Klassen eröffnet. Sämtliche Unterrichtsgegenstände, auch die allgemeinen Lehrfaches, werden in hebräischer Sprache gelehrt. Es sind folgende Sprachen vorgesehen: Lateinisch, Russisch, Französisch, Deutsch, Litauisch. Das Gymnasium, das unter Leitung von Dr. Max Mayer steht, zählt zurzeit 300 Schüler. In den unteren Stufen sind Parallelklassen eingerichtet. Es findet Koedukation statt.

Palästina-Delegiertentag.

Der Palästina-Delegiertentag der Zionistischen Vereinigung für Deutschland findet vom 20. bis 24. März 1919 in Berlin, im Kaisersaal des „Rheingold", Bellevuestr., statt.

Aus der jüdischen Welt

Bahnverbindungen in Palästina. Die „Weltwirtschaftszeitung" berichtet, daß das System der während des Krieges gebauten Bahnlinien zwischen Ägypten und der Bahn Jerusalem-Jaffa jetzt durch die Vollendung der Drehbrücke über den Suezkanal bei Kantara einen Abschluß erhalten haben. Hiermit ist endgültig die Bahnverbindung zwischen Afrika und Asien hergestellt. Zwar ist die Spurweite noch etwas größer als in Syrien, doch wird dies voraussichtlich auf den Hauptstrecken bald geändert werden.

Literarisches Echo

Nach dem Pogrom. Von Chaim Nachmann Bialik. Aus dem Hebräischen von Abraham Schwadron. Bialik, der größte neuhebräische Dichter, hat in dieser Dichtung der ganzen Tragik der Pogrome in einer Weise Ausdruck verliehen, die einzig zu nennen, wahrlich keine Phrase ist. Nirgends ein Jammern, nirgends eine Spur von Sentimentalität oder von Mitleidsuchen. Nur ein heroisches Sichauflehnen, ein großer Schrei, der zwischen Zähnen erstickt wird, eine mächtige Träne in der Einsamkeit: „als gärte dort zitternd ein trüber Schmerz, ein Schmerz von Ewigkeiten". Und mehr als gegen die Mörder selbst erhebt Bialik in dieser Pogromdichtung die wuchtige Anklage gegen die Passivität der Opfer und die Selbstverständlichkeit ihrer Leiden, gegen die Welt und die Gerechtigkeit, die Gerechtigkeit auf Erden und im Himmel — gegen Gottes Thron.

In der Übersetzung bemüht sich Schwadron, wie es in der Einleitung heißt, nicht so sehr um die poetische Attitude, als vielmehr darum, dem „Original nach Sinn und Wort bis an die Grenze der Möglichkeit gerecht zu sein". Und dies ist der Ausklang: — „Fleuch in die Wüste! ... — Zerreiß deine Seele in Stücke zehn, — wirf hin dein Herz ohnmächtigem Grimme — zum Fraß. — Und dort auf dem Scheitel der Felsen die — große Träne vergießend, — laß los den bitteren Aufschrei — daß er — im Sturm vergehe! ..."

Mitteilungsblätter des Jüdischen Volksrates Posen. Der Jüdische Volksrat in Posen hat das 1. Heft seiner Mitteilungsblätter herausgegeben, die in zwangloser Folge erscheinen sollen.

Das 1. Heft enthält einen programmatischen Aufsatz von Dr. Max Kollenscher, einen Tätigkeitsbericht, ferner einen Aufsatz von Dr. Karl Kassel über die „Jüdischen Volksräte" und informative Aufsätze von Dr. Paul Chone und R.-A. Mannerheim. Dem Blatt sind ferner eine Reihe wichtiger Urkunden des Volksrates beigegeben.

Feuilleton

Unser Land.

Von S. J. Anochi.

(Fortsetzung.)

Das Dorf ist nun voller Leben. Die vom Felde Heimgekehrten spannen vor ihren Häusern ihre Ochsen und Pferde aus. Andere kommen erst eben von der Tenne. Man ruft sich über die Straße kurze Bemerkungen zu: vom heurigen Ertrag, von der Ernte und von der fürchterlichen Hitze. In der Schule wird geläutet. Die Schüler dürfen heim zum Mittagessen. Auf der Straße erscheinen die Kinder des Dorfes, sommerlich leicht gekleidet, mit sonnengebräunten Gesichtern und schelmischen, gutmütigen Kinderaugen. Der junge Lehrer steht vor der Schule, begleitet mit zufriedenen Blicken seine Schüler und schaut zu, wie die Pferde und Ochsen ausgespannt werden. Eine große Freude zieht ihm ins Herz: „Und es war um die Zeit, daß die Ernte anging . . ." Und er beschließt, morgen mit seinen Kindern ins Feld hinauszuziehen: „Und es war um die Zeit, daß die Ernte anging . . ."

Die Leute haben ihre Zugtiere ausgespannt und sind in die Häuser gegangen. Alle suchen Schutz vor der glühenden Sonne. Sie essen zu Mittag und ruhen von der Arbeit aus. Still ist es nun auf der Straße. Mirjam zeigt sich ab und zu auf der Schwelle ihres Hauses und blickt auf die Straße hinaus. Sie sucht den neuen Burschen. „Wo ist er? Schon fort! Wo kann er sein?" Sie hat sich die Schuhe angezogen und das Haar aufgesteckt, er aber ist schon fort. Die Augen traurig gesenkt, verschwindet sie im Hause.

Und wie die Sonne etwas tiefer steht, und der Wind vom Meere stärker und frischer weht, fahren die Männer wieder ins Feld. Diesmal fährt auch Reb Nachum mit. Auf dem Felde hilft er den Weizen auf den Wagen laden. Wenn ein Wagen voll ist, setzen sich seine Söhne hinauf und fahren zur Tenne. Reb Nachum folgt dem Wagen zu Fuß. Die Sonne ist jetzt mild und

ergießt ihr Licht mit süßem Lächeln über Gottes Welt. Über die Welt der Hügel und Täler unter dem tiefen blauseidenen Himmel. Der Seewind weht schon recht frisch ins Gesicht. Und in den Tälern und auch stellenweise auf den Hügeln liegen schon Schatten, weich und leicht, wie schwarze Seide. Hie und da sind sie von goldenen Sonnenflecken unterbrochen. Es ist, wie wenn eine aus schwarzen und goldenen Stücken gewürfelte Decke auf allen Dingen ruhte. Reb Nachum folgt dem Wagen zu Fuß. Erinnerungen ziehen ihm durch den Kopf: „Zu der Zeit, als die Richter regierten . . . Und ein Mann von Betlehem zog in der Moabiter Land . . . Und Boas kam eben von Betlehem und sprach zu den Schnittern: Der Herr mit euch . . ." Und er schaut um sich mit erstaunten Blicken, wie ein Bräutigam auf seine schöne geliebte Braut schaut und in ihrem Antlitz das Geheimnis ihrer Schönheit zu ergründen sucht. Und er denkt sich:

„Unser Land, unser Land, Erez-Jißroel . . ."

Die Sonne setzt sich auf den Hügel hinter dem Dorfe, wie um auszuruhen. Groß ist sie jetzt und rot. Sie versinkt still hinter dem Hügel, und der Westen glüht. Der Seewind weht nicht mehr, er hält seinen Atem an. Die Farben des Tages erlöschen. Und eine Weile später wird ein neuer kühlerer Wind geboren, und der Horizont kleidet sich in dunkle Schatten. Sie ziehen über die Hügel dahin, durch die Täler, umweben die Zypressen und nehmen sie in sich auf. Sie ruhen auf der Krone der einsamen Palme. Und die Nacht senkt sich herab, eine dunkelblaue Nacht, mit dem Lichte der Sterne und des Mondes durchwebt.

Nun sind schon alle vom Felde heimgekommen. Vor einem Stalle haben sich einige arabische Arbeiter versammelt. Einer steht in der Mitte und bläst auf der Flöte eine morgenländisch gewundene und sehnsüchtige Weise. Die andern tanzen mit großem Eifer um ihn herum. Auf der Bank vor einem der Häuser sitzen die Männer des Dorfes in Hemden und Schlafröcken. Auch die Weiber sind dabei. Sie schauen in die helle Nacht hinaus und unterhalten sich. Sie besprechen das Gerücht, daß in der Nähe, zwei Stunden vom Dorfe noch ein Stück Land hinzugekauft werden soll. Dann wird Nachlon aufleben. Erstens wird man in der neuen Kolonie seine Waren absetzen können; und zweitens wird es Durchreisende geben, an denen man gleichfalls etwas verdienen kann. Alle werden aufleben. Dann klagt man darüber, daß die Ernte heuer doch nicht so gut ist, wie man es erwartet hat. Der eine sagt, daß man den europäischen Pflug beibehalten soll. Aber nicht alle sind damit einverstanden. Es liegt nicht am Pflug. Es ist hier eben ein anderer Boden. Und die Steuern bringen einen um. Man spricht auch davon, daß man in Nachlon Baumpflanzungen anlegen müsse. Vom Getreide allein könne man nicht reich werden. Man hat aber kein Geld. Und die Bank will für Baumpflanzungen kein Geld vorschießen. Menasche gerät in Feuer und sagt, daß, wenn man ihm gefolgt und in Nachlon Pflanzungen nach seinem System angelegt hätte, alle längst reich geworden wären. Die Leute lächeln.

Dann redet man davon, was man von den arabischen Wächtern auszustehen hat. Man erwischt sie, wie sie den Weizen stehlen. Und nun erzählt man sich Geschichten von Zusammenstößen zwischen Arabern und jüdischen Kolonisten. Gerschon erzählt, was er einmal auf dem Wege von Jaffa nach Nachlon erlebt hat. Einmal fährt er am Abend von Jaffa weg. Es ist gefährlich, nachts allein zu fahren. Er muß aber noch an diesem Abend zu Hause sein. Sein Weib liegt fieberkrank danieder. Und morgen muß er das Feld bestellen. Und wenn man Ackerbauer ist, darf man sich nicht schonen. Wenn man noch am gleichen Abend zu Hause sein will, muß man eben fahren. Er lädt seinen Revolver und fährt. Es ist schon recht spät geworden. Alles ist still, er trifft keinen Menschen und ist ganz allein auf der Straße. Aber unten im Tale erblickt er zwei Araber, daß man vor ihnen Angst hat, ist noch viel schlimmer. Also fährt er weiter. Wie sie ihm begegnen, sagen sie ihm: „Marchaba, chawadsche." Antwortet er: „Marchabaten." Fragen sie ihn: „Hast du Feuer?" Und einer ergreift sein Pferd am Zaume. Es ist nicht gut. Sie wolen ihm das Pferd nehmen. Zeigt er ihnen den Revolver und sagt: „Wenn ihr Feuer wollt, so kann ich's euch nur damit geben." Zeigen sie auf ihre Büchsen und sagen: „Auch wir haben Feuer." Richtet er sich im Wagen auf und sagt ihnen: „Geht doch lieber weiter. Mit Gutem werde ich euch das Pferd nicht geben. Einer von uns bleibt hier tot liegen. Ich schieße. Wollen wir sehen, wer hier liegen bleibt." Er schoß in die Luft. Sein Pferd war scheu. Es erschrak, riß sich aus den Händen des Arabers los und begann zu rennen. Das Pferd rennnt und er schießt. Er sieht nichts, er hört nur, wie sie ihm nachjagen und schießen. Eine ganze Stunde rannte das Pferd. Erst kurz vor Nachlon hatte es sich etwas beruhigt.

Ein anderer erzählt, wie ihn Araber am helllichten Tage überfallen hatten. Ruwen berichtet, wie ihm die Kolonisten einmal einen Streich gespielt hatten. Es war kurz nachdem man sich in Nachlon niedergelassen hatte. Die jetzigen Häuser standen noch nicht da. Man wohnte in arabischen Hütten. Die Tenne mußte man selbst bewachen. Einmal kam die Reihe an ihn, bei der Tenne zu wachen; an ihn und zwei andere junge Leute. Die beiden anderen waren aber nicht rechtzeitig zur Stelle. So sitzt er bei der Tenne und hat das Gewehr neben sich liegen. Er ist totmüde und schlummert etwas ein. Plötzlich erwacht er und sieht zwei Männer in der Tennne stehen und Weizen in Säcke stopfen. Er will nach der Büchse greifen, aber die Büchse ist verschwunden. Was soll er tun? Ein Geschrei erheben, schämt er sich. Die Diebe werden auch davonlaufen. Da erinnert er sich, daß sein Wagen dicht neben ihm steht. Er reißt ein Brett vom Wagen los und stürzt sich auf die Diebe. Die Diebe ergreifen die Flucht, und er ihnen nach. Sie laufen zum Dorfe. Im Dorfe fing er zu schreien an, daß man die Diebe aufhalte. Es entstand große Aufregung. Die Schlafenden erwachten und stürzten schreiend auf die Straße. Und was stellte sich heraus? Es waren eigene Leute. Man spielte ihm diesen Streich zur Strafe dafür, daß er eingeschlafen war. Alle lachen. Man scherzt. Man frischt alte Erinnerungen auf.

Durch die Gasse gehen die Mädchen des Dorfes mit dem neuen Burschen. Auch Mirjam ist dabei. Sie wissen schon, daß er Genin heißt, daß er Arbeiter ist und hergekommen ist, um Arbeit zu suchen, und daß er in Nachlon bleibt, um die Tenne des Nachts zu bewachen. Die Mädchen sprechen mit ihm, erzählen ihm Geschichten und fragen ihn aus. Alle geben sich Mühe, dem neuen Burschen zu gefallen. Mirjam schweigt die ganze Zeit. Die Bekanntschaft mit dem neuen Burschen kommt

ihr so seltsam vor. Alle ihre Freundinnen reden mit ihm und fühlen sich so frei und unbefangen in seiner Nähe, und sie allein schweigt. Das verdrießt sie so, daß sie weinen könnte. Sie fühlt, daß ihr Gesicht glüht, es klingt ihr in den Ohren. Und sie fragt ihn:

„Wo werdet Ihr wohnen?"

Er war aber gerade in eine lebhafte Unterhaltung mit den Mädchen vertieft, als Mirjam mit ihrer Frage kam. Ihre Freudinnen erröteten. Es war so dumm, mit der Frage herauszuplatzen. Und ihre Stimme hatte so sonderbar gezittert.

Genin wandte sich zufrieden nach ihr um und antwortete verschämt und sanft:

„Das weiß ich noch nicht."

Die Mädchen ärgern sich. Der neue Bursche wird ja glauben, daß alle Mädchen im Dorfe ebenso dumm sind wie Mirjam. Sie schauen alle Genin flehend in die Augen. Als ob sie sagen wollten: „Was können wir dafür? Wir sind doch nicht so dumm . . ."

Die Straße leert sich allmählich. Die Männer und Frauen haben sich schon in ihre Häuser zurückgezogen. Morgen muß man ja früh aufstehen und ins Feld gehen. Reb Nachum allein ist vor seinem Hause geblieben. Er geht nachdenklich auf und ab. Genin nimmt Abschied von den Mädchen und verschwindet in einem Hause. Nach einer Weile erscheint er wieder mit einer Büchse auf der Schulter und geht zur Tenne. Die Mädchen sind schon alle heimgegangen. Mirjam allein steht noch vor ihrem Hause. Sie schaut traurig zur Tenne hinüber und denkt:

„Gefalle ich ihm ebenso wie er mir? Gefalle ich ihm?"

Der scharfe Blick ihrer schwarzen Augen durchdringt die Nacht. Sie schaut zur Tenne hinüber, und ihr Herz klopft schnell und unruhig.

(Schluß folgt.)

Gemeinden- u. Vereins-Echo

München. Im Alter von 66 Jahren verschied in München am 2. März Herr Josef Spanier, ein allgemein geschätzter und besonders in jüdischen Kreisen sehr geachteter Mitbürger. Der Verstorbene bekleidete in einer Anzahl jüdischer Institutionen eine leitende Stellung; allenthalben wo derselbe tätig war, wird sein Hinscheiden schmerzliches Bedauern hervorrufen. Ganz besonders verdient machte er sich als 1. Vorstand der „Chevra Kadischah", sowie als Vorstandsmitglied der orthodoxen Religions-Geselschaft „Ohel Jakob". Die zahlreiche Beteiligung beim Begräbnis zeigte die Anerkennung, die dem Dahingeschiedenen allgemein gezollt wurde.

Kongreßbewegung. In einer Vollsitzung des Gesamtausschusses der Ostjuden Münchens hielt Herr Nahum Goldmann einen Vortrag über den jüdischen Kongreß in Deutschland, wobei er besonders auf die Beziehungen des Kongresses zu den Ostjuden in Deutschland einging, deren völlige Gleichstellung auf allen Gebieten des jüdischen Lebens eine Grundforderung bei der künftigen Gestaltung desselben ist. Nach einer lebhaften Aussprache, bei der eine Gegnerschaft gegen den Kongreß überhaupt nicht vorhanden war, wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: „Der Gesamtausschuß der Ostjuden Münchens begrüßt die Bestrebung zur Einberufung eines jüdischen Kongresses in Deutschland und erklärt im Namen der von ihm vertretenen sämtlichen ostjüdischen Vereine Münchens seinen Anschluß an die jüdische Kongreß-Bewegung.

Ahlem. Nach 4½jährigem Bestehen ist jetzt das Reserve-Lazarett im Mädchenheim der „Isr. Erziehungs-Anstalt Ahlem", das Tausenden von Soldaten als Genesungsheim gedient hat, aufgehoben worden. Damit ist dem Institut die Möglichkeit gegeben, seine Arbeit im alten Umfange wieder aufzunehmen. Dem außerordentlichen Interese folgend, das der jüdischen Berufsumschichtung zugunsten der Bodenkultur und des Handwerks entgegengebracht wird, soll Ahlem von Grund auf neu organisiert und ausgebaut werden. So werden in Zukunft auch junge Mädchen, die neben guter Schulbildung körperliche Eignung und Liebe zum Beruf besitzen, als Gärtnerinnen ausgebildet. Nachdem ein ehemaliger Schüler der Anstalt, der die Gartenbau-Hochschule absolviert hat, die Leitung des gärtnerischen Betriebes übernommen hat, ruht die gesamte Ausbildung in jüdischen Händen. Durch Vergrößerung des Bodenareals wird die Möglichkeit geboten, neben dem gärtnerischen auch den landwirtschaftlichen Betrieb kennen zu lernen. Die Anstalt umfaßt nach vollendeter Neuorganisation folgende Abteilungen: 1. Landheimschule für Schulpflichtige mit Ausbildung in Handfertigkeit und Schulgartenbau. 2. Gartenbauschule für männliche und weibliche Lehrlinge, einschließlich des Unterrichts in Bienenzucht, Kleintierzucht, Milchwirtschaft. Obstverwertung. 3. Handwerkliche Lehrwerkstätten. 4. Allgemeine und fachliche Fortbildungsschule. 5. Haushaltungsschule mit Ausbildung im Hausgarten, mit Geflügel- und Kleintierzucht, Kinderpflege. — Die geplanten großen Neubauten werden es gestatten, dem Gemeinschaftsleben der Lernenden alles „Anstaltsmäßige" zu nehmen und die modernen pädagogischen Forderungen (Gruppenbildung usw.) zu erfüllen. — Anfragen sind ausschließlich zu richten an Direktor A. Silberberg, Ahlem, Post Hannover-Linden 2.

Augsburg. Am 9. Februar fand hier — fünf Jahre nach der ersten fast vergessenen Veranstaltung dieser Art — eine zionistische Versammlung statt. Herr Kareski aus Berlin hielt einen außerordentlich interessanten Vortrag: „Das jüdische Volk vor dem Friedenskongreß". Er gab eine Darstellung der Hauptforderungen des jüdischen Volkes: Gleichberechtigung in allen Ländern, nationale Autonomie in den Ländern jüdischer Massensiedlung, Palästina in seinen historischen Grenzen für das jüdische Volk. Von besonderem Interesse war ein Exkurs über die nach innen und außen unhaltbare Stellung der deutschen Juden, die bei den Gegnern so heftigen Widerspruch erfuhr, daß sie ihn nicht einmal bis zum Schluß der Referats zurückstellen konnten, wie überhaupt die Gegner in der Versammlung teilweise einen Mangel an Diszipliniertheit zeigten, der an dieser Stelle eigentlich nicht vermutet wurde. Nach dem Referat forderte der Versammlungsleiter die Augsburger Judenheit auf, endlich auch den Anschluß an die gewaltige, im Zionismus organisierte Bewegung des jüdischen Volkes zu suchen und am Aufbau des jüdischen Palästina mitzuwirken. Nun traten der Gemeindevorsteher, Herr Justizrat Bauer und Herr Rabbiner Dr. Grünfeld mit dem ganzen Gewicht ihrer Stellung gegen den Zionismus auf. Ihre Ausführungen waren insofern von Interesse, als sie zeigten, wie sehr die Augsburger Gemeinde von der jüdischen Entwicklung

der letzten 20 Jahre unberührt geblieben ist und sich eines „Friedens" — man kann es auch anders nennen — erfreute, den Herr Justizrat Bauer erhalten wollte, indem er seine Gemeinde vor dem Anschluß an den Zionismus feierlich warnte. Nachdem von gegnerischer Seite noch Herr Dr. Epstein nud Herr Cohn, sowie Herr Dr. Strauß, letzterer der einzige, bei dem wirkliche Beschäftigung mit dem Problem erkennbar war, ihre Argumente gegen den Zionismus vorgebracht hatten, beendete ein Schlußwort Kareskis, das die wesentlichen Dinge mit besonderer Klarheit behandelte, die Aussprache. Wesentlich erfreulicher gestaltete sich ein Zusammensein der Zionisten mit einer Anzahl Augsburger, das am Abend nach der Versammlung stattfand. Fast überraschend nach dem Versammlungsverlauf, zeigte es sich, daß auch in Augsburg ein Kreis meist jüngerer Juden vom jüdischen Problem tiefinnerst berührt wird und ernste Auseinandersetzungen braucht. Die mehrstündige zwanglose Aussprache bewegte sich auf einem ganz anderen Niveau, als in der großen Versammlung — die Gegner lehnten es von vornherein ab, die gegnerischen Argumente aus der Versammlung zu vertreten — und bot eine Reihe von Anknüpfungspunkten, die nun hoffentlich auch in Augsburg häufiger Veranlassung geben, sich mit dem Zionismus zu befassen. Die Veranstaltung bedeutete zweifellos für die Augsburger Judenschaft eine wertvolle Anregung.

Nürnberg. Am 22. Februar 1919 sprach hier vor einem zahlreichen Publikum Herr Julius Rosenfeld aus Karlsruhe über „die Schicksalsstunde des jüdischen Volkes". Der Redner wies darauf hin, daß der jetzige Augenblick, in welchem das Judentum der gesamten Welt sich anschicke, seine nationalen Forderungen geltend zu machen, ganz besonders bedeutsam auch für das deutsche Judentum sei. Dieses dürfe nicht zögern, sich auf einen gemeinsamen Boden mit dem übrigen Judentum zu stellen und mit ihm insbesondere die Schaffung einer nationalen Heimstätte in Palästina für sich zu verlangen. Er wies auch auf den jüdischen Kongreß für Deutschland hin, der demnächst auf einer ähnlichen Basis zusammentreten werde. — In der Diskussion forderte Herr Dr. Sinauer ebenfalls zur Unterstützung des Kongreßgedankens auf. — Durch die Versammlung wurden 13 neue Mitglieder gewonnen.

Herzl-Club Nürnberg. Nächster Clubabend: Mittwoch, den 12. März 7.45 Uhr, Karolinenstr. 42.

Jüdischer Wanderbund Nürnberg. 9. März 1919. Buben: Tagesfahrt: 9 Uhr, Linie 8 Südfriedhof-Worzeldorf-Glasersberg. Nachmittagsfahrt: 2 Uhr Luitpoldhain (Wotanplatz) -Altenfurth. Mädels. Treffpunkt 7.40 Uhr Prinzregentendenkmal. Abfahrt 8.06 Uhr nach Schwaig-Brunn-Fischbach.

Verein Bne Jehuda München. Der jüdische Volkslieder- und Theater-Abend findet nicht Samstag, den 8. März um 8 Uhr, sondern Sonntag, den 9. März um 7 Uhr in den Prinzensälen des Café Luitpold statt. Siehe auch Anzeige in dieser Nummer.

Zionistische Ortsgruppe München. Mittwoch, den 12. März 1919 Mitgliederversammlung im Nebenzimmer des Hotel 3 Raben, Schillerstraße. Tagesordnung: 1. Der Palästina-Delegiertentag. 2. Wahl der Delegierten. NB. Jeden Mittwoch finden von nun ab im obigen Nebenzimmer regelmäßige Zusammenkünfte der Mitglieder statt.

Jüdischer Wanderbund „Blau-Weiß" München. Sonntag, den 9. März 19: 1. Zug: 7.30 Starnbergerbahnhof, 1.—. 2. Zug: 8.20 Starnbergerbahnhof, 75 Pfg. 3. und 4. Zug: 9 Uhr oder 12.30 Uhr Ostfriedhof, 40 Pfg. 1. Gruppe: 8.15 Uhr Ostbahnhof, 40 Pfg. 2. Gruppe: 8.30 Uhr Stachus, Billet nach Pasing 30 Pfg. 3. und 4. Gruppe: 9 Uhr Waldfriedhof, 55 Pfg.

Münchner Spendenausweis. Nationalfondsspenden: Henny u. Jak. Reich grat. Dr. Ruppin u. Frau u. Dr. Max Mayer u. Frau z. Söhnchen 4.—; Salo Bogopolsky anl. d. Verlob. seines Bruders Max mit Frl. Aß 3.—



Poale Zion Ortsgruppe München.

Mittwoch, den 12. März abends 1/2 8 Uhr
im Kunstsaal Steinicke, Adalbertstr. 15

Vortrag des Herrn S. E. Rieser:

Das jüdische Palästina
Kapitalismus oder Sozialismus?

(Eine Entgegnung auf die Ausführungen des Herrn Dr. Arthur Ruppin, Jaffa.)

Eintritt 50 Pfg. u. 1 Mk. Freie Aussprache.

Karten zu haben: in den Buchhandlungen von G. Steinicke, Adalbertstraße 15, Jaffé, Briennerstraße 52 und an der Abendkasse.

Verein „Bne Jehuda“ München

Sonntag, den 9. März 1919

findet in den Prinzensälen des Café Luitpold ein

Jiddischer Volkslieder- und Theater-Abend

zu Gunsten der Pogrom-Opfer Lembergs

statt. — Zahlreichem Erscheinen sieht entgegen

Die Vorstandschaft.

Programm: 1. Musikvortrag. 2. Rezitation. 3. Jiddische Volkslieder. 4. Theaterstück. (Das eibige Lied von Mark Arnstein).

Glückshafen **Eigenes Büffet.**
Eintritt M. 2.— **Res. Platz M. 5.—**
Saal-Eröffnung 6 Uhr — Beginn 7 Uhr

Vorverkauf: Hönig, Burgstr. 3, Telefon 21649. Kohn, Dachauerstraße 39, Telefon 54599. Schwarz, Landwehrstr., Telefon 50440.

Verantwortlich für die Redaktion i. V.: Meta Moch, München; für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Herzog Maxstraße, München.